

## **STADTGESTALTER/Volt warnt vor neuem Trianel-Abenteuer der Stadt - Erweiterung des Gaskraftwerks Hamm ist klimaschädlich, teuer und riskant**

Der Rat der Stadt Bochum hat am 19.03.2026 seine Zustimmung für einen [Ausbau des Trianel-Gaskraftwerks Hamm und der Gründung einer neuen Betreibergesellschaft](#) erteilt. Die Stadt Bochum ist über unterschiedliche Beteiligungen Eigentümerin der Trianel. „Bochum hat beschlossen, bis 2035 klimaneutral zu werden. Der Ausbau des Gaskraftwerks in Hamm um einen weiteren Kraftwerksblock widerspricht diesem Ziel eindeutig“, erklären Dr. Volker Steude und Nadja Zein-Draeger, Sprecher\*innen der Ratsgruppe STADTGESTALTER/Volt.

„Das Feigenblatt, man werde das Kraftwerk für den Einsatz von Wasserstoff ausstatten (H2-ready), entpuppt sich als Luftnummer. Auf Nachfrage musste die [Verwaltung einräumen](#), dass ein belastbarer Zeitraum dazu, ab wann es mit Wasserstoff betrieben wird, nicht prognostizierbar sei. Ein Kraftwerksbetrieb mit Wasserstoff ist grundsätzlich sehr unwirtschaftlich, da alleine für dessen Erzeugung viel Energie benötigt wird. Der im geplanten Wasserstoffzentrum in Hamm hergestellte Wasserstoff wird absehbar sehr knapp sein und in direkter Nutzungskonkurrenz zum Einsatz in der Industrie stehen, wo dieser dringender benötigt wird“, mahnen Dr. Steude und Zein-Draeger.

“Auch strategisch handelt es sich um eine Fehlentscheidung. Als Gas-und-Dampf-Kombikraftwerk, das auch Wärme für Haushalte produziert, müsste es eine ständige Wärmeleistung erbringen. Da dieser Betrieb sehr klimaschädlich ist, soll das Kraftwerk lediglich bei Dunkelflauten laufen - also nur dann, wenn Wind- und Solarenergie ausfallen“, so Dr. Steude und Zein-Draeger, „das passt Beides nicht unter einen Hut.“

Die Ratsgruppe STADTGESTALTER/Volt will auch das mit der Investition verbundene Risiko nicht mittragen „Bevor man überhaupt in die noch diesjährige Ausschreibung der Kraftwerkskapazität gelangt, verlangt die Bundesregierung von der Trianel, umfangreiche Sicherheitsleistungen zu hinterlegen. Für diese Sicherheit müssen die Eigentümerinnen aufkommen. Erhält man den Zuschlag der Bundesregierung für die Kraftwerkskapazität und es kommt wie bei anderen Trianel-Projekten zu Verzögerungen, ist sogar eine Strafzahlung fällig. Angesichts des ambitionierten Zeitplans, wonach der Neubau schon 2031 ans Netz gehen soll, halten wir dies nicht für vertretbar. Sollte die Erweiterung ganz scheitern, sind neben der gesamten Sicherheitsleistungen auch alle getätigten Investitionen abzuschreiben“, fassen Dr. Steude und Zein-Draeger zusammen und erinnern an die Kosten anderer Trianel-Projekte: „Das [Kohlekraftwerk Lünen war eine für die Steuerzahler\\*innen 87 Mio. Euro schwere Eskapade](#) und auch die Realisierung des [Off-Shore Windparks Borkum II hatte große Schwierigkeiten](#).“

„Stadtwerke und Stadt als Miteigentümerinnen der Trianel sollten sich eher auf ihre Aufgaben im Rahmen der klimaneutralen Daseinsvorsorge vor Ort konzentrieren. Aktuell verzögern sich die Umsetzung der Wärmeplanung und auch der Ausbau der Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dächern. Da bleibt auch ohne eine neue Trianel-Gesellschaft genug zu tun“, so STADTGESTALTER/Volt abschließend